

Zur Energiepolitik der deutschen Bundesregierung

1. Technische Fragen

Lehren aus Fukushima: Die Deutschen Kernkraftwerke sind deutlich sicherer als Fukushima Eins
von Dr.Ludwig Lindner www.buerger-fuer-technik.de

Im Winter könnte Strom fehlen. Die **Bundesnetzagentur zeigt sich besorgt** über die Sicherheit der Stromversorgung im kommenden Winter durch den Atomausstieg. Wenn es etwa im Winterhalbjahr ein paar Tage praktisch keinen Strom aus erneuerbaren Quellen geben sollte, gleichzeitig aber europaweit die Höchstlast im Netz ist und dann noch eine Leitung ausfällt, könnte es eine Überlastung des Netzes geben. Sie empfiehlt, alte Kernkraftwerke zur Sicherheit doch wieder ans Netz zu bringen. Im Winter drohe eine kritische Situation im Stromnetz, da besonders in Süddeutschland zu wenig Strom zur Verfügung stünde. (FR, SZ 28.05.2011)

Der grenzüberschreitende Ausbau von Stromnetzen stößt derzeit in Europa auf fast unüberwindliche Hindernisse. Heute ist es kaum noch möglich, auch nur eine einzige Stromleitung von einem Land in ein anderes zu führen, erklärte Antonella Battaglini vom Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK). Die **Rechtsvorschriften seien zu ineffizient und die öffentlichen Widerstände oft stark**, fasste sie eine Studie zum Ausbau erneuerbarer Energien in Europa und Nordafrika zusammen, die das PIK erstellt hat. (SZ 31.05.2011)

Ein von der Bundesregierung vorgestelltes Planungsbeschleunigungsgesetz soll künftig sicherstellen, dass rasch neue Gas- und Kohlekraftwerke errichtet werden können. Um die "erwartete Stromlücke" zu schließen. Nur Stunden später drangen aus der **Internationalen Energieagentur in Paris** erste Ergebnisse ihrer aktuellen Klimabilanz. Sie weist einen **Rekordanstieg der CO2-Emissionen** im Jahr 2010 aus. Und **sie warnt dringend davor, bei einer Abkehr von der Kernenergie allzu sehr auf Kohlekraftwerke** und andere emissionsstarke Energietechnik **zu setzen**. Für die schwarz-gelbe Fokussierung aufs Fossile ist sie auch eine Quittung. Schnell ausgestellt eben (FR 31.05.2011)

Stromversorgung steht auf wackligem Fundament Neue Kraftwerke können Kernkraftwerke nicht ausreichend ersetzen, meint der Energieverband BDEW. Er warnt vor zu viel Optimismus im Bericht der Ethik-Kommission. (Daniel Wetzel Welt Online 01.06.2011)

Fukushima und was wir daraus lernen können. Eine Bilanz nach 80 Tagen Dr.E ike Roth
<http://www.energie-fakten.de/pdf/fukushima-lehren-aus.pdf>

Anlässlich der Sicherheitsprüfung der Kernkraftwerke gegen Flugzeugangriffe stellt sich die Frage:**Wie ist eigentlich der Reichstag mit den vielen Abgeordneten und Besuchern gegen Terrorangriffe geschützt?** Dr,H. Moldaschl

2. Reaktionen von Parteien

Die SPD ist grundsätzlich bereit, dem neuen Energiekonzept der schwarz-gelben Koalition zuzustimmen. Die Grünen zeigen sich hingegen skeptisch. (FR 31.05.2011)

Bitte Vorsicht beim Ausstieg! **Hannelore Kraft, Ministerpräsidentin von Nordrhein-Westfalen, warnt jetzt vor einer Deindustrialisierung** und verweist auf die Atom-Ausstiegspäne der schwarz-gelben Bundesregierung. Wer jetzt aussteigen wolle, riskiere, dass die **Energieversorgung nicht gewährleistet** sei, sagt die Ministerpräsidentin. Ein energiepolitisches Symbol für die aufziehende erste große rot-grüne Koalitionskrise in Nordrhein-Westfalen gebe es längst: Das durch Gerichtsbeschluss derzeit mit einem Baustopp belegte Kohlekraftwerk Datteln IV. Die SPD möchte, dass das effizienteste Kohlekraftwerk Europas ans Netz geht. Viele Grüne dagegen würden den Abriss des halb-fertigen Meilers gerne als Beleg dafür nutzen, dass sie auch in Sachen Kohle die Ausstiegsvorhut sind. (WAZ31.05.2011)

Merkel segelt mit dem Wind „Die Regierung habe in unser aller Namen den Atomausstieg bestellt“. Aber was auf der Rechnung stehen wird, wisse keiner. Schwarz-Gelb beruft sich dabei auf eine große Mehrheit, die keine Atomkraft mehr will. **Nun könne die Kanzlerin nur hoffen, dass diese Mehrheit sich daran auch noch erinnert, wenn die Kosten klar werden** (Bild 31.05.2011)

Bundesländer rütteln am Atomausstieg 2022 soll in Deutschland die Energiewende stattfinden. Aber nicht nur Energiekonzerne stemmen sich gegen das Vorhaben. Auch in den Bundesländern regt sich Widerstand - doch die Regierung braucht ihre Unterstützung. (FTD 01.06.2011)

3. Reaktionen von Medien und Bürgern

Die abrupte "Atomwende" von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) wird nach Ansicht des Meinungsforschers Manfred Güllner **von den CDU-Wählern nicht akzeptiert**. Damit sei auch das schwache Abschneiden der Union bei der Landtagswahl in Bremen zu erklären, sagte der Chef des Forsa-Instituts. "Dieser Schwenk war eine **hysterische, panische Reaktion auf Fukushima**", meinte Güllner. "Wenn Umweltminister Röttgen dann noch erklärt, der Atomausstieg entscheide über die CDU als Volkspartei, versetzt er seiner Partei den letzten Stoß." Stattdessen nütze die Energiewende den Grünen. „Wer aussteigen möchte, wählt das Original“, sagte Güllner (Welt online vom 25.05.2011)

Die Beschäftigten der deutschen Atomkraftwerke haben die Bundesregierung erneut vor einer zu schnellen Abschaltung der Reaktoren gewarnt. Es gebe keinen Anlass, die Kraftwerke überhastet vom Netz zu nehmen, schreiben die Konzernbetriebsräte von E.ON, RWE, EnBW und Vattenfall Merkel in einem offenen Brief. 30.000 Arbeitsplätze in der Kerntechnik und weitere in anderen Branchen seien gefährdet. (Dow Jones Newswire 27.05.2011)

Kernenergie ist kein Problem- Ausstiegspolitik schafft Probleme! [M. Alder](#)

Robin Alexander sagt in einem Kommentar, dass sich Angela Merkel mit ihrer Außen- und Energiepolitik ins Abseits gestellt habe. **Deutschland werde künftig bei der Atom-Technologie in der Debatte um die Sicherheit von Kernkraftwerken eine immer geringere Rolle spielen.** (Welt 28.05.2011)

4. Reaktionen von Industrie und Verbänden

Die KTG-Vorsitzende Dr. Petersen kritisiert festen Ausstiegstermin und fordert ehrliche Debatte zur Machbarkeit: In Folge der Ereignisse in Japan hat die Reaktorsicherheitskommission (RSK) im Auftrag des Bundesumweltministers die Sicherheit der deutschen Kernkraftwerke überprüft und dabei die Robustheit aller Anlagen bestätigt, die in vielen Bereichen die gesetzlichen Anforderungen deutlich übertreffen. **Ein beschleunigter Ausstieg aus der Nutzung der Kernenergie ist daher aus technischen Gründen nicht erforderlich.** Gleichzeitig warnt die deutsche Netzentur vor einer Überforderung des Stromnetzes durch eine schnelle Abschaltung der deutschen Kernkraftwerke. (www.buerger-fuer-technik.de Pressemitteilung der Kerntechnische Gesellschaft vom 30.05.2011)

Der **Weltenergierrat** – Deutschland **forderte** anlässlich der Vorstellung seiner Publikation „Energie für Deutschland 2011“ eine **verstärkte Abstimmung der Politik mit den europäischen Nachbarländern.** „Die Konsequenzen, die durch unsere Energiewende verursacht werden, müssen auch von unseren Nachbarn getragen werden“, so Jürgen Stotz, Präsident des Weltenergierrates – Deutschland. Dies gelte insbesondere mit Blick auf Kosteneffekte und Versorgungssicherheit. (Pressemitteilung (Weltenergierrat 26.5.2011)

Da die Bundesregierung die ethische Bewertung der Kernenergie schon vorweggenommen habe, wäre es ratsam gewesen, **sich nicht von Soziologen und Wirtschaftswissenschaftlern, Bischöfen und Gewerkschaftern beraten zu lassen,** sondern von Leuten, die über langjährige Erfahrungen mit der Energieversorgung verfügen und die Verantwortung dafür getragen haben, dass Deutschland zuverlässig mit Strom versorgt wurde. (FAZ 30.05.2011)

Die Bundesregierung habe mit dem Atomausstieg in der Wirtschaft einen enormen Vertrauensschaden produziert. **Die Bundeskanzlerin habe ohne Rechtsgrundlage sieben Altkleber abgeschaltet.** Sie habe die Sorgen und Ängste der Deutschen zum Maßstab für Politik gemacht. Der Schnellausstieg erfordere dringend den Ausbau der Stromnetze ebenso wie Investitionen in erneuerbare Energien und Gas-Kraftwerke, die nun zügiger zu stemmen sind als geplant. Das schlage nicht nur auf die Preise der privaten Stromkunden durch. **Stahl-, Alu- oder Chemieunternehmen gerade in NRW bangen um ihre Wettbewerbsfähigkeit.** (WAZ 31.05.2011)

Ohne die Energiekonzerne gelingt die Wende nicht Bundeskanzlerin Angela Merkel ist bei der Umsetzung der Energiewende auf die Unterstützung von E.ON, RWE, EnBW und Vattenfall angewiesen. **Den Konzernen bleibe nun wohl keine andere Wahl als zu klagen, denn der Schaden für die Aktionäre gehe in die Milliarden.** Die offene Frontstellung gegen die Konzerne gefährde so die gesamte Energiewende. Auch müssten entsprechende Investitionen zum Teil von den Unternehmen getätigt werden. Dies könne die Regierung aber nicht einfach anordnen. (HBI 31.05.2011)

Bei den Klagen gegen den Atomausstieg sehen namhafte Juristen gute Aussichten. Denn Merkels Politik verstößt gegen europäisches Recht. Unabhängig wie man zur Kernenergie stehe, müsse sich die Regierung an rechtsstaatliche Regeln halten. **„Das sind von Umfragen geleitete Willküraktionen.** Damit wird unter anderem darauf abgezielt, dass ohne klare Begründung die Betriebserlaubnis für 8 KKW entzogen werde. **Die Abschaltung älterer KKW ist Enteignung.** Es stelle sich daher zunächst nicht die Frage nach Schadenersatz, sondern, ob die Abschaltung überhaupt zulässig sei“. (HBI online 01.06.2011)

Die vorübergehende Stilllegung der 7 ältesten Reaktoren war juristisch fahrlässig konstruiert. Auch unter dem Aspekt der **Versorgungssicherheit** wurde der Atomausstieg **dilettantisch geplant.** Es drohen nicht nur kurzfristig, sondern über viele Jahre hinweg ständige Versorgungsengpässe mit Blackout-Gefahr und steigenden Strompreisen. Entgegen früheren Annahmen reichen die geplanten Gas- und Kohlekraftwerke nicht aus, um die KKW sicher zu ersetzen. **Die Ethik-Kommission hat die bis 2020 zur Verfügung stehenden Kraftwerks-Kapazitäten zu optimistisch eingeschätzt.** Darauf weist der BDEW (Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft hin. . Damit wackelt die Einschätzung der Versorgungssicherheit, mit der die Regierung den Ausstieg aus der Kernenergie begründete. (Daniel Wetzel, Welt 01.06. 2011).

E.ON will Regierung wegen Atomsteuer verklagen. „Die Abgabe verstoße gegen EU-Recht. E.ON fordert außerdem einen Ausgleich von Vermögensschäden in Milliardenhöhe.“. Außerdem verlangt E.ON Schadenersatz für die Kosten, die ihm aufgrund der Atompolitischen Kehrtwende von Merkel entstanden sind. Die diesmal nicht eingebundenen **Atomkonzernen bereiten Klagen vor, unterstützt von namhaften Kanzleien.** Schon allein im Hinblick auf die Aktionäre könnten die Konzerne ein Wiederanfahren der KKW prüfen. „Wir befinden uns im rechtsfreien Raum“. (Welt 02.06.2011)

Martin Iffert ist Vorstand von **Trimet, dem größten deutschen Produzenten von Aluminium.** Das Unternehmen verbraucht rund 1 % der deutschen Stromproduktion. Der Manager sagte, dass Strom durch den Ausstieg aus der Atomenergie teurer wird. Schon mit der Abschaltung der acht AKWs im März sei der **Preis an der Strombörse um 10 bis 20 % gestiegen.** Man benötige nun eine Entlastung bei den Strompreisen. Die Mehrkosten könnten nicht an die Kunden weitergeben werden. (FAZ 31.05.2011)

BDI-Präsident Hans-Peter Keitel hat sich in einem Brief an die Spitzen der deutschen Wirtschaft gegen eine überstürzte Energiewende ausgesprochen. Auch **Daimler-Vorstandsvorsitzender Dieter Zetsche** kritisierte die Bundesregierung. Sie habe nach der Atomkatastrophe in Japan innerhalb weniger Tage und sehr emotional entschieden. (Bild 31.05.2011)

Ex-BASF-Vorstandsvorsitzender Jürgen Hambrecht, Mitglied der Ethikkommission Energieversorgung, sagt im Interview „der Atomausstieg könne möglicherweise auch länger dauern als bis 2021. Denn es komme nicht auf die exakte Einhaltung des Zeitpunkts an, sondern darauf, einen Prozess so zu organisieren, dass man ihn vernünftig abarbeiten könne.“ (FAZ 31.05.2011)

„Was in Fukushima passiert ist, kann hier nicht passieren“ Interview mit Linde-Chef Wolfgang Reizle
Bei einem so wichtigen Thema wie der **Energiepolitik handelt die Regierung eher ideologisch als faktenbasiert.** „Wenn ein Land die Atomenergie in Frage stellen sollte, dann doch wohl Japan und nicht Deutschland. Bei uns wird der schnelle Ausstieg aus der Kernenergie unter dem Eindruck des Unglücks von Fukushima entschieden.“ Mit dem sich jetzt abzeichnenden schnellen

Ausstieg werden der Preis für Strom und der Ausstoß von Kohlendioxid in Deutschland steigen. **Es ist unrealistisch, die Atomenergie in wenigen Jahren durch regenerative Energie ersetzen zu wollen.** Die Kernenergie ist die preisgünstigste Energie. Zudem ist sie umweltfreundlich, weil sie CO₂-frei ist. **Die Folgen für die Industrie wurden nicht bedacht.** Mir fehlt in der Debatte eine fundierte Analyse, und mir fehlt ein Gesamtkonzept das alle Einflussfaktoren berücksichtigt. **Hauruck-Schritte sind bei so einem wichtigen Thema nicht zielführend..** Ich halte ein Moratorium für absolut richtig. Die Risiken müssen neu geprüft, und es muss analysiert werden, was wir aus Fukushima lernen können. Aber warum gleich abschalten und dann den Atomstrom aus Tschechien oder Frankreich importieren? **Eine sichere, verlässliche und bezahlbare Energieversorgung ist die Voraussetzung, um als Industriestandort nachhaltig erfolgreich zu bleiben.** Wenn wir den Strompreis über ein bestimmtes Niveau nach oben treiben, beeinträchtigen wir unsere Wettbewerbsfähigkeit. Das gilt besonders für die chemische Industrie. **Die derzeitige Energiepolitik lässt den nötigen Weitblick vermissen."** (SZ 09.05.2011)

EON will gegen die Brennelementesteuer klagen - und nun geht auch noch **RWE**-Chef Jürgen Großmann in die Offensive. In der "Bild"-Zeitung kritisiert Großmann den Atomausstieg der schwarz-gelben Bundesregierung und warnt vor den Folgen. **"Wir machen Experimente mit der Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft - mit ungewissem Ausgang"**, sagte Großmann. Atomstrom werde weiter gebraucht, um die Versorgung sicherzustellen. „Dieser stammt dann nur nicht aus deutschen Kernkraftwerken“, so der RWE-Chef weiter. (HBI 01.06.2011)

Doppeltes Risiko beim Ausstieg Der ersten Klage eines Atomkonzerns können weitere folgen – Grüne sehen Blackout-Gefahr. Mit der geplanten Energiewende hat sich Schwarz-Gelb einen Sack voller Probleme eingehandelt. Die Stromkonzerne gehen auf Konfrontationskurs zum schwarz-gelben Atomausstieg. (Frankf. NeuePresse 01.06.2011)

5. Reaktionen des Auslands

Deutscher Atomausstieg schürt europaweites Misstrauen. Deutschland habe ein Kostenproblem, weil viel Geld in erneuerbare Energien investiert werden müsse. Berlin müsse Milliarden in den Ausbau der Infrastruktur stecken, die bei weitem nicht ausreiche. So könne Windenergie vom Meer bislang nicht nach Bayern transportiert werden. **Zudem befürchtet die EU-Behörde, dass Deutschland die verbindlich vereinbarten Klimaschutzziele nicht einhalten könne, wenn Kohlekraftwerke ausgebaut würden.** (Focus online 30.5.2011)

Frankreich staunt über deutsche Romantik. Die Entscheidung der Bundesregierung, bis 2022 endgültig aus der Kernenergie auszusteigen, ist in Frankreich äußerst reserviert aufgenommen worden. Die Direktorin des französischen Atomkonzerns Areva, Anne Lauvergeon, nannte den Beschluss eine "absolut politische Entscheidung". Dies soll bedeuten, dass es aus Sicht von Frau Lauvergeon zwar politische Gründe geben möge, aus der Kernenergie auszusteigen, aber keine rationalen: "Es gab kein Referendum, keine Befragung der öffentlichen Meinung, auch wenn die Umfragen die Gefühlslage der Deutschen zeigen", sagte die Areva-Chefin dem Sender BFM. Sie habe diese "spezifisch deutsche Reaktion erwartet", **die Einstellung der Deutschen zur Atomenergie finde sich "in der ganzen Welt kein zweites Mal."** Sie hätte auch sagen können, dass sie die Deutschen für hysterisch hält. Kritisiert wird aber auch die deutsche "Scheinheiligkeit", den Ausstieg zu verkünden und weiter Atomstrom aus Frankreich zu beziehen. (Welt Online- 31.05.2011)

Auf deutliche Kritik stößt der deutsche Kurs auch in Schweden. Der schwedische Umweltminister Andreas Carlgren hält die Festlegung auf das konkrete Datum 2022 für einen Fehler. "Damit riskiert man, die allerwichtigste Frage außer Acht zu lassen, nämlich wie wir möglichst schnell erneuerbare Energien ausbauen können", so Carlgren. (Welt online 31.05.2011)

Die G-8-Staaten wollen ihre Atomkraftwerke einem Stresstest unterziehen und fordern die anderen Länder der Erde ebenfalls dazu auf. Schon am 7. Juni sollen Minister aus 30 Staaten in Paris konkrete Vorschläge für schärfere Sicherheitsvorschriften erarbeiten. Die G 8 beschleunigen den Ländern mit Atomkraft, dass sie den Sicherheitsfragen bereits genügend Aufmerksamkeit schenken. (Stuttgarter Ztg. 28.05.2011) Die Fragebögen werden von nationalen Aufsichtsbehörden an die Kraftwerksbetreiber verschickt. Im 1. Schritt führen die Kraftwerksbetreiber den Test durch, danach kontrollieren die nationalen Behörden und schließlich Experten aus anderen Ländern die Ergebnisse. Erste Ergebnisse sollen bis zu Jahresende vorliegen. Ein Abschlussbericht wird im April 2012 erwartet. Deutschland hat seine Reaktoren bereits geprüft und muss diese Tests nicht wiederholen. (Focus 01.06.2011)

Nicht überall auf der Welt sei man in puncto Atomenergie der Auffassung der Bundesregierung,. Entlarvend vorsichtig habe es Außenminister Westerwelle formuliert, dass die **Schwellenländer die Politik des Ausstiegs und den neuen deutschen Sonderweg mit amüsiertem Verwunderung verfolgen.** Zu glauben, einige Gespräche würden die Irritationen über die Zukunft der größten Wirtschaft Europas beseitigen, grenze an **einfältigen Optimismus.** China und andere Aufsteiger denken nicht daran, auf Atomenergie zu verzichten, selbst wenn sie dereinst Umwelttechnik aus Deutschland beziehen werden. (FAZ 31.05.2011)

Der Mythos vom Ausstieg Trotz der nuklearen Katastrophe in Japan setzen Schwellenländer wie China und Indien weiter auf Atomkraft. Sie haben keine andere Wahl – zu groß ist der Energiehunger.

Die Internationale Energieagentur (IEA) rechnet bis zum Jahr 2030 damit, dass der weltweite Energiebedarf um 50 Prozent steigt - zu günstig ist der Atomstrom, zu kohlendioxidintensiv und klimaschädlich sind fossile Energieträger, **zu mickrig die alternativen Energien.**

Die Liste der Vorteile ist so lang, dass sie die hohen Investitionskosten aufwiegt und sogar die Angst verdrängt - die Angst vor den Risiken des Betriebs und der Endlagerung. **Der Traum der Atomkraftgegner vom globalen Ausstieg wird auf absehbare Zeit ein Traum bleiben.**

Die Wirklichkeit sieht so aus: Schweden, Finnland, Großbritannien und die USA wollen vorhandene Kapazitäten ausbauen. Mit ihrem radikalen Schritt steht Deutschland bislang allein da. In anderen westlichen Ländern läuft die Atomdebatte nüchterner. In **Großbritannien** etwa betrachtet man **das Aus für die paar deutschen Kraftwerke mit Verwunderung:** „Die meisten Alternativen sind Illusionen“, schreibt der linksliberale „Guardian“. Ja, Kohle sei machbar, aber: umweltschädlich. Eine Kehrtwende in der Atompolitik schlossen sowohl Regierung als auch Opposition aus, selbst nach Japan. Erst vergangenen Oktober hatte London neue Meiler an acht Standorten in England und Wales genehmigt.

In den USA, wo die meisten Atomkraftwerke der Welt stehen, hält die Regierung am Atomkurs fest. Abschalten oder ersetzen? **Der US-Regulierungsbehörde liegen 20 Anträge für neue Reaktoren vor.** Präsident Barack Obama sieht Kernkraft als "saubere Energie", der Ausbau der Atomenergie sei nötig, um die Abhängigkeit der USA von

Ölimporten zu verringern. Und vielen US-Bürgern brennt ein Umweltdesaster besonders tief im Gedächtnis: der Ölunfall im Golf von Mexiko.

Für Frankreich kommt ein Atomausstieg ohnehin nicht in Frage: Das Land setzt mit seinem Anteil von rund 75 Prozent Nuklearenergie an der Stromerzeugung am stärksten auf Kernkraft.

Und die **Franzosen** haben ihn lieb gewonnen, ihren **Strompreis, der rund 40 Prozent unter dem Rest Europas liegt**. Sie starteten unlängst eine **umfassende Atomexportoffensive**. Unterstützt von Präsident Nicolas Sarkozy wird der weltgrößte Nuklearkonzern Areva (**zehn Techniker des Konzerns waren zum Zeitpunkt des Bebens in der Fukushima-Anlage**) weiter um neue Aufträge werben, vor allem in den aufstrebenden Ländern. (Capital 4/2011)

Vorwurf: Taktisches Kalkül: Ausland kritisiert Atomausstieg Das **Ausland** nimmt Deutschlands Atomausstieg größtenteils kritisch auf. Viele Beobachter vermuten keinen echten Sinneswandel der Bundesregierung, sondern **politisches Kalkül**. Schwarz-Gelb gehe es hauptsächlich um die Gunst der Wähler. (taz 01.06.2011)

"Rest der Welt setzt weiter auf Kernkraft": Wenn in Deutschland Kernkraftwerke abgeschaltet werden, entfällt Erzeugungskapazität in der Grundlast für den gesamteuropäischen Raum, nicht nur für Deutschland. Die Ankündigung über den Ausstieg in Deutschland hat **im Ausland** dazu geführt **über Neubauprojekte nachzudenken**. Die Niederlande wollten bisher einen neuen Reaktor bauen, jetzt spricht man schon von einem zweiten. Der tschechische Energieversorger CEZ hat die Erweiterungspläne für das Kernkraftwerk Temelin wieder auf die Tagesordnung gesetzt. In diesem Zuge wird auch darüber nachgedacht neue Hochspannungsleitungen zu bauen, um den dort produzierten Strom auch nach Deutschland zu transportieren, (VDI-Nachr. 27.05.2011, S.5)

EU-Reaktion auf Atomausstieg "Die meisten denken, wir haben einen Knall" Deutschland macht Ernst mit dem Ausstieg aus der Kernenergie - und sorgt damit bei den europäischen Nachbarn für Kopfschütteln. Laut EU-Diplomaten sind besonders die Franzosen und Briten irritiert über den Berliner Alleingang und die deutsche Informationspolitik. (Spiegel online 1.6.2011)
Italiener dürfen über Atompolitik abstimmen Die Italiener dürfen über den von Ministerpräsident Berlusconi geplanten Wiedereinstieg in die Kernenergie abstimmen. Dieser hatte versucht, das Referendum zu stoppen. Zu Unrecht, befand ein Gericht in Rom. (Handelsblatt.com)

Die Entscheidung Deutschlands, seine Atomkraftwerke stillzulegen, hat keinen Einfluss auf die Pläne der **ungarischen Regierung, das Atomkraftwerk Paks zu erweitern**. Das Kabinett Orban will das Atomkraftwerk trotz der Atomkatastrophe von Fukushima erweitern, obwohl noch immer unklar ist, wie viel das Projekt kosten wird. (Népszabadság 01.06.2011)

"Viele Grüße aus dem Kernkraftwerk Paks in Ungarn" (**4*WWER 440/213 Druckwasserreaktoren russ. Bauart**), **mit noch 30 Jahren Laufzeit**. H.Höfer. P.S.: Wo bleibt eigentlich das 3 monatige Gemüse-Moratorium? So viele Tote wird Fukushima niemals bringen (zumindest nicht in Deutschland). Ausstieg aus der Gemüse-Technologie ist ethisch geboten.

Saudi-Arabien plant den Bau von 16 KKW in den nächsten 20 Jahren. Mit Atomenergie soll Strom produziert und **Meerwasser entsalzt werden** - so Abdul Ghani Malibari, Koordinator der saudi-arabischen Behörde zur friedlichen Nutzung der Atomenergie. (N24 1.6.2011)

Bankverbindung: Volksbank Marl-Recklinghausen Kto Nr. 905 888 205, BLZ 426 610 08